

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846-48 pbbn d

Inhalt

Alfred Nau, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung und Ehrenmitglied des SPD-Vorstands, würdigt Leben und Werk Erich Ollenhauers an dessen 15. Todestag. Seite 1-3

Bundeskanzler Helmut Schmidt gab vor der SPD-Bundestagsfraktion einen weltpolitisch, innenpolitisch und wirtschaftspolitisch positiven Ausblick auf 1979. Seite 4/5

Karsten D. Voigt MdB, stellv. Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, warnt vor der Lieferung von Freigattungen an Argentinien. Seite 6

Lenelotte von Bothmer MdB, Präsidentin der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, fordert eine objektive und sachliche Betrachtung und Behandlung des Libanon-Konflikts. Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 239

13. Dezember 1978

Genosse, Funktionär und Staatsmann

Zum 15. Todestag von Erich Ollenhauer am 14. Dezember

Von Alfred Nau
Vorsitzender der Friedrich Ebert-Stiftung
Ehrenmitglied des SPD-Vorstands

Erst nach Erich Ollenhauers Tod am 14. Dezember 1963 haben viele Deutsche begriffen, was sie und die ganze Nation diesem Mann verdanken. Erst in der Stunde seines Todes fanden seine Leistung und Verdienste ihre gerechte Würdigung und Anerkennung.

Erich Ollenhauer widersprach allzu sehr dem traditionellen Leitbild der Deutschen vom politischen Führer und Staatsmann. Daß ihm jeder Zug eines Nachtmenschen fehlte, der Widerstände rücksichtslos unterdrückt und anderen kompromißlos seinen Willen aufzwingt, daß er vielmehr durch geduldige Überzeugungskraft und Toleranz und Respekt gegenüber anderen Auffassungen zu wirken suchte, haben ihm viele seiner Mitbürger als Schwäche ausgelegt.

Die Schlichtheit und Bescheidenheit seines öffentlichen und privaten Auftretens, die eine seiner großen menschlichen, aber auch politischen Tugenden ausmachten, wurde nicht selten in ähnlicher Weise mißverstanden.

Die politische Problematik dieser Einstrahlung weiter Kreise der deutschen Öffentlichkeit zur Persönlichkeit Erich Ollenhauers hat ein amerikanischer Kommentator 1963 in einem Nachruf vielleicht am treffendsten charakterisiert und zugleich mit einer der schönsten Würdigungen des Lebens und der Leistung des langjährigen Führers der deutschen Sozialdemokratie verbunden. Die Worte, die er fand, verdienen auch heute noch zitiert zu werden:

"Größe und Elend seiner hundertjährigen Partei personifizierte dieser Mann, der in der Tat ein Funktionär war. Jawohl, ein Diener in einer Funktion am Gemeinwohl, ein Genosse. Oh, dieses Wort! Den Parteigenossen hatten die Deutschen geschluckt. Den Feldmarschall hatten sie auf den Stuhl des Präsidenten gewählt. Dem forschenden Kaiser haben sie nachgeweiht. Nur die unscheinbaren Männer liebten sie nicht, diese deutschen Bürger. Immer wollten sie hoch hinaus und fielen so tief. Ach, hätten sie auf die biederen Funktionäre gehört, auf Leute wie Erich Ollenhauer, der nicht nur bieder in seinen vier Wänden lebte, sondern, was wichtiger ist, die Politik als ein ehrsamer Handwerker betrieb. 47 Jahre in Rechtschaffenheit, Pflichttreue, Gradlinigkeit! Ein ganzes Leben ohne Anlaß, jemals ein Wort zurücknehmen zu müssen! Jemals Irrtümer verbrennen zu müssen! Und das in diesen Zeiten!"

Auch heute, 15 Jahre nach Erich Ollenhauers Tod, scheint in unserem Land noch immer die Solidarität politischer Kämpferarbeit, ein Wesensmerkmal jeder demokratisch-freiheitlichen Politik, nur wenig Verständnis und Wertschätzung zu genießen. Die im "deutschen" Sinne "großen" Männer, mögen sie auch noch so viel Unheil angerichtet haben, faszinieren und beschäftigen das breite Publikum noch immer weit mehr als jene Männer des Volkes, die wie Erich Ollenhauer in zäher Kleinarbeit ein Leben lang darum gerungen haben, mit den letzten Endes bescheidenen Mitteln der Politik allen Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Sein Nachfolger im Amt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, hat Erich Ollenhauers Persönlichkeit und Leistung mit den folgenden Sätzen charakterisiert:

"... Erich Ollenhauer war kein Volkstribun, aber in betonter Schlichtheit wurde er zu einem wahren Anwalt seines Volkes. Am Aufstieg breiter arbeitender Schichten zu staatsbürgerlicher Verantwortung wirkte er schon als junger Mann mit. In den bittersten Jahren seines Lebens lebte er vor, daß das anständige Deutschland nicht untergegangen war. Die Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland hat er zu einem guten Teil mitgeprägt.

Seite an Seite mit Dr. Kurt Schumacher hat er nach 1945 hart daran gearbeitet, seinem Volk wieder Selbstachtung und Achtung zu geben und es davor zu bewahren, ins Chaos zu versinken. Ein Regierungsamt hat er nicht bekleidet. Aber ein Staatsmann war er ohne Zweifel, und als solcher wurde er zu Grabe getragen."

Tief verwurzelt in den Traditionen und Zielvorstellungen seiner eigenen Sozialdemokratischen Partei war Erich Ollenhauer schon in jungen Jahren zu der Einsicht gekommen, daß es in politischen Fragen in einem demokratischen Gemeinwesen von keiner Seite einen Absolutheitsanspruch geben dürfe. Dementsprechend hat er dann auch großen Wert darauf gelegt, im Godesberger Programm von 1959 das Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Partei als Partei in jenem Sinne zu erklären und zu verdeutlichen.

Worum es ihm dabei ging, hat Ollenhauer in der Debatte über das Programm mit folgenden Worten umrissen: "... Demokratie ist nur lebensfähig, wenn alle ihre gesellschaftlichen Kräfte bereit sind zur Selbstbeschränkung und zur Toleranz. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Programm daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß sie als politische Par-

tei nicht den Anspruch erhebt, eine Weltanschauung "oder ein Ersatz für die Kirche zu sein".

Mit Blick auf mancherlei aktuelle Tendenzen zu einer neuen dogmatischen Erstarrung der Parteifronten in der Bundesrepublik besteht Grund, diese Aussage Freunden wie Gegnern der Sozialdemokratischen Partei in Erinnerung zu rufen.

Übenso aktuell sind jene Sätze, in denen Erich Ollenhaber am Schluß seiner großen programmatischen Rede auf dem Godesberger Parteitag 1959 Sinn und Zielsetzung des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms zusammenfaßte:

"... Unser Programm stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Es entwickelt ein Programm der Freiheit und der Sicherheit für alle. Aber es ist kein Programm der billigen Versprechungen und Verheißungen. Es stellt den Menschen, uns selbst, die Aufgabe, in dieser Welt, in der knappen Zeitspanne eines Menschenlebens die Dinge vernünftig und gerecht zu ordnen. Vernünftig und gerecht - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Denn nur in einer vernünftigen und gerechten Welt kann der Mensch zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit und zu einer sinnvollen Gestaltung seines Daseins nach seinem eigenen Weltbild kommen."

Formulierung und Verabschiedung des Godesberger Programms werden immer zu den großen geschichtlichen Verdiensten Erich Ollenhabers zählen. Der Sozialdemokratischen Partei ist damit die Öffnung zur großen Volkspartei gelungen. Es war die Voraussetzung für den inzwischen vollzogenen Wechsel in der Regierungsführung der Bundesrepublik und damit zugleich die Bewährung ihres demokratischen Systems.

Die heutige Opposition hat die Bedeutung dieses Vorgangs für die Fundamentierung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik noch immer nicht begriffen und akzeptiert. Es wäre ihren Führern einiges von der politischen Einsicht und Weitsicht, die Erich Ollenhaber zehn Jahre als Führer der parlamentarischen Opposition in Bonn bewiesen hat, zu wünschen.

(-/13.12.1978/vs-ho/tpg)

Ein gutes Vorgefühl für 1979

Vor einem weitpolitisch ruhigen und wirtschaftlich gutem Jahr

Von Helmut Schmidt

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und
stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In dieser letzten Fraktionssitzung des Jahres liegt eine Zusammenfassung der vergangenen zwölf Monate und ein Ausblick auf das kommende Jahr nahe.

Zum Ende dieses Jahres 1978 steht die CDU/CSU, entgegen ihren Hoffnungen zu Beginn des Jahres, vor einer Lage, die sie selbst als die Unfähigkeit analysiert, die "Schallmauer" zu durchbrechen. Der Grundsatzparteitag der CDU war ganz von diesem Thema überschattet. Das einzige Problem, das realistisch denkende Unionspolitiker bewegt, scheint die Frage zu sein, ob sie die Voraussetzungen der Regierungsfähigkeit 1984 oder 1988 erreichen können. Als Koalition sind wir gegenüber der CDU/CSU jedenfalls in der Vorhand. So, wie man dort mit sich selbst umgeht, müssen wir uns davor hüten, in unchristliche Schadenfreude zu verfallen.

Zum Arbeitskampf im Stahlbereich möchte ich einen einzigen Hinweis geben. Es ist nur eine Fußnote; denn zur Hauptsache dürfte sich die Regierung ja nur in größter Notlage äußern und einmischen. Von großer Not kann nicht die Rede sein, es ist der erste Arbeitskampf beim Stahl nach 50 Jahren. Wenn es innerhalb von 100 Jahren keinen Streik gäbe, müßte man sich fragen, ob unsere demokratische Ordnung wirklich funktioniert. Angesichts der Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche wollen irgendwelche Politiker in CDU und CSU den Eindruck erwecken, als werde damit um "den" Sozialismus gekämpft. Gegenüber diesem Geschwätz müssen wir brachial darauf hinweisen, daß Professor Erhard 1965 in seiner Wahlpropaganda die 35-Stunden-Woche für 1975 proklamiert hat. Weiter heißt es in der damaligen Wahlanzeige Erhards: "Die SPD macht Versprechungen und die CDU hält sie."

Die Meinungsumfragen zur wirtschaftlichen Lage sind gegenwärtig beeindruckend günstig. 80 Prozent der Rentner beurteilen ihre eigene Lage als sehr gut und gut, ähnlich denkt die gesamte Bevölkerung. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird von 68 Prozent aller Bürger als sehr gut oder gut beurteilt. Diese Werte sind zuletzt im Herbst 1972, also vor der Ölpreiskrise des Jahres 1973 erreicht worden.

Man braucht sich also von niemandem über die günstige wirtschaftliche Stimmung täuschen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß die

Gründe dafür in der erfolgreichen Dämpfung des Preisanstiegs, in der günstigen Entwicklung der Reallöhne und in der deutlichen Abflachung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, liegen.

1979 ist ebenso eine positive wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich. In diesem Jahr haben die Arbeitnehmer im Durchschnitt - netto und in realer Kaufkraft - vier Prozent mehr gehabt. 1979 ist wahrscheinlich ein fast ähnlich hoher Wert zu erwarten. Unsere steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen werden dazu erheblich beitragen. Tatsache ist freilich auch, daß für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, insbesondere hinsichtlich deren regionalen Verteilung; wir haben ja in manchen Regionen eine deutliche Überbeschäftigung.

Innenpolitisch haben wir gute Chancen in den Bundesländern, in denen im nächsten Jahr gewählt wird. Mühe müssen wir uns allerdings geben, damit bei der Europa-Wahl eine ausreichend hohe Wahlbeteiligung erreicht wird.

Vorausgesetzt, es treten keine neuen Erschwernisse zwischen Israel und Ägypten ein, sehe ich weltpolitisch ein ruhiges Jahr auf uns zukommen. Ich gehe aus vom Abschluß einer SALT II-Vereinbarung und von einem Treffen zwischen Breschnew und Carter. Davon ist eine wichtige Festigung des Entspannungsprozesses zu erwarten. Durch das Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion, durch das Bündel der Abmachungen mit der DDR haben wir unseren Beitrag zur Festigung der Entspannung geleistet. Ich hoffe, daß nach dem erfolgreichen Abschluß der SALT-Gespräche auch die Verhandlungsgänge in Wien erleichtert werden.

Ich rate niemandem, wegen all dieser Faktoren für 1979 in Euphorie auszubrechen. Aber mein persönliches Vorgefühl für 1979 ist deutlich besser als zu Beginn dieses Jahres 1978.

Diese Ausführungen machte Bundeskanzler Helmut Schmidt am Dienstag vor der SPD-Bundestagsfraktion.

Waffenexport kein Instrument für Vollbeschäftigung

Lieferung von Fregatten an Argentinien würde gegen SPD-Parteitagbeschlüsse verstossen

Von Karsten D. Voigt MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss

Der Kölner Europaparteitag der SPD hat in einem eigenen Abschnitt "für Rüstungskontrollvereinbarungen und Begrenzung des Waffenexports" politische Forderungen zur Verringerung des Waffenexports erhoben, die als politischer Maßstab für aktuelle Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland eine noch höhere Bilanz als für eine langfristige europäische Zielsetzung besitzen.

Es heißt dort: "Zu wirksamen globalen Rüstungskontrollvereinbarungen gehört, daß auch die Rüstungsexportströme eingedämmt und zum Stillstand gebracht werden. Die deutschen Sozialdemokraten streben als ersten Schritt eine europäische Vereinbarung mit dem Ziel an, daß die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft Waffenexporte in Krisengebiete verbieten.

Es ist notwendig, durch weltweite Vereinbarungen eine Verlagerung der Innovationen zugunsten der Entwicklung nichtmilitärischer Technologien anzustreben. für diese Innovationen bieten sich an:

- 1/ Die Entwicklung neuer Technologien in den Industriegesellschaften, die zur Lösung von Beschäftigungsproblemen beitragen können.
- 2/ Der Einsatz neuer Technologien zur Verminderung der Umweltgefährdung.
- 3/ Der Beitrag der Industriegesellschaften zur technologischen Entwicklung der Dritten Welt."

Ausdrücklich ergänzte der Bundesparteitag der SPD den Entwurf des Europawahlprogramms durch einen weiteren Absatz, der für die politische Beurteilung des geplanten Baus von Fregatten für Argentinien durch deutsche Werften von Bedeutung ist: "Deshalb setzen wir uns dafür ein, daß kein Kriegsmaterial produziert oder exportiert wird, um in Europa Beschäftigungsprobleme zu mildern. Insbesondere darf Waffenexport in die Dritte Welt für uns kein Instrument für Vollbeschäftigungspolitik werden."

Ein Bau von Fregatten für Argentinien durch deutsche Werften und eine eventuelle Genehmigung dieses Waffenexports durch die Bundesregierung verstieße doppelt gegen die politischen Ziele des SPD-Bundesparteitages:

- 1/ Argentinien und Chile befinden sich im aktuellen Konflikt um die Hoheitsrechte über Inseln im sogenannten Beagle-Kanal. Die Lieferung von Waffen und insbesondere von Kriegsschiffen an Argentinien verstieße gegen den Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu exportieren.
- 2/ Die Lieferung von Fregatten an Argentinien verstieße ebenfalls gegen den vom Europaparteitag der SPD aufgestellten Grundsatz, keine Beschäftigungsprobleme durch Waffenexporte und insbesondere nicht durch Waffenexporte in die Dritte Welt zu mildern.

(-/13.12.1978/ks/bqs)

Und alles im Namen Christi

Der Libanon braucht Verständnis, nicht emotionales Kriegsgeschrei

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Präsidentin der Deutsch-Arabischen Gesellschaft

Immer wieder muß irgendein außenpolitischer Tatbestand dazu herhalten, der Opposition innenpolitische Munition zu liefern. So im Falle des Libanon. Dort geht es um Christen, wie wir alle hören. Und diese Christen befinden sich im Kampf mit Syrien. Syrien greift ein im Libanon, bedrängt also diese Christen. Wie muß da jedes christliche Herz in Mitleid und Empörung schwellen.

Ich glaube nicht, daß alle Außenpolitiker der Opposition über die wahren Gründe dieses Kampfes gar nichts wissen, auch wenn sie uns das glauben lassen wollen. Da sie nicht müde werden, uns in die Ecke der Bösen drängen zu wollen, die auch noch in dieser Situation den Syrern Entwicklungshilfe gewähren, während die Christen um ihr Leben kämpfen, scheint es angebracht, noch einmal einige Fakten festzuhalten. Natürlich kann das hier nur in groben Zügen geschehen.

Seit 1943 der sogenannte Nationale Pakt abgeschlossen wurde zwischen dem muslimischen Ministerpräsidenten Riad al-Sulh und dem christlichen Staatspräsidenten Bechara al Khouri funktionierte das staatliche Zusammenleben verhältnismäßig gut. Der christliche Teil der Bevölkerung war damals der größere und hatte infolge dessen mehr Macht im Staat. Die Christen, in erster Linie die Maroniten, stellten den Staatspräsidenten, den größten Teil der Minister, während der Ministerpräsident und Parlamentspräsident den Suniten vorbehalten war und den Drusen das Kriegsministerium. Trotz dieser Heterogenität war der Libanon als arabisches Land erklärt und anerkannt.

Im Laufe der Zeit verschob sich die Grundlage des Paktes insofern, als die Christen in die Minderheit gerieten; sie waren aber aus der beherrschenden Landbevölkerung in die Rolle der beherrschenden städtischen Schicht geworden. In deren Händen vor allen Dingen Handel und Finanzen des Landes lagen. Inzwischen entstanden immer

größere soziale Probleme im Lande, und die Jugend begann das libanesische Machtverteilungsmodell in Frage zu stellen. Die innenpolitische Situation wurde bedeutend verschärft durch den Zustrom von Tausenden von Palästinensern, vor allem im Jahre 1970.

Die Christen, d.h. vor allem die Maroniten sehen seither keine Möglichkeit der Rückkehr zur Macht, wie sie sie vorher im Staate ausübten; ihnen scheint die Zeit gekommen zu sein, einen eigenständigen christlich libanesischen Teil des Landes unabhängig zu machen. Natürlich greifen auch hier wieder viele Strömungen ineinander. Aber es ist nicht von ungefähr, daß Israel sich seit langem als kräftiger Unterstützer und Helfer dieser christlich maronitischen Gruppe betätigt. Möchte doch Israel im eigenen Interesse darstellen, daß das Zusammenleben verschiedener Religions- und Bevölkerungsgruppen in einem Staat ein Ding der Unmöglichkeit ist. Nicht ohne Ziel und nicht ungehört bitten die Christen immer wieder um Unterstützung von außen. Und wenn in diesem Zusammenhang "Christen" gesagt wird, muß man eigentlich immer Maroniten dazusetzen, denn die anderen christlichen Gruppen im Libanon sind nicht unbedingt oder gar nicht an diesen Aktivitäten beteiligt, ja sie sind vielmehr zusammen mit anderen Gruppen die Leidtragenden. Den Maroniten liegt also auf jedem Fall daran, "die Suppe am Kochen zu halten", und so haben sie z.B. Anfang Oktober das Armenierviertel in Beirut brutal angegriffen, weil sich die Armenier neutral verhielten. Dies und manches andere sind gezielte Provokationen, um international auf sich aufmerksam zu machen und um die Moslems, Palästinenser und Syrer weltöffentlich ins Unrecht zu setzen.

Ich weiß nicht, ob man Syrien durchaus schelten soll, weil es mit einem hohen Einsatz und großen Verlusten seinerseits versucht, im Libanon einen größeren Krieg zu verhindern.

Ich habe den Eindruck, daß Assad eine recht genaue Einschätzung der Strömungen und Möglichkeiten der ganzen Region hat und sich entsprechend verhält. Bevor hier zu Lande Kriegsgeschrei für arme bedrohte Christen erhoben wird, sollte man versuchen, etwas genauer hinzuhören und hinzusehen, um zu einer zutreffenden Einschätzung der Lage auch von unserer Seite zu kommen. (-/13.12.1978/bq/hust)